



Bund der Freien
Waldorfschulen

Sieben Kernforderungen an die Bildungspolitik



Blickpunkt

9

Jedes Kind ein Könner – Schule in der Zivilgesellschaft

Freiheit und Verantwortung sind zwei Grundpfeiler der Zivilgesellschaft: Aus bürgerschaftlichem Engagement entstehen neue, am Gemeinwohl orientierte Unternehmensformen als dritter Weg zwischen staatlichem Zentralismus und kommerziellen Interessen. Auch die Waldorfschulen verstehen sich mit vielen anderen Schulen in freier Trägerschaft in diesem Sinne als Pioniere eines Schulwesens, das jenseits von staatlichen, ökonomischen oder ideologischen Interessen die Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellt.

Unsere Schulen stehen vor riesigen Herausforderungen. Zahlreiche gesellschaftliche, soziale, demografische und technologische Entwicklungen verändern mit zunehmender Geschwindigkeit das Leben der Kinder und Jugendlichen und bedürfen pädagogischer Antworten. Um diesen Herausforderungen entsprechen zu können, brauchen wir Schulen, die allen Schülerinnen und Schülern offenstehen und deren Lehrerinnen und Lehrer flexibel auf ihre Bedürfnisse eingehen können. Auch die praktische Umsetzung der Inklusion erfordert neue Schulformen, die von der Könnerschaft jedes einzelnen Kindes ausgehen und unser auf Selektion ausgerichtetes Schulwesen zugunsten einer echten Kultur des Zusammenlernens hinter sich lassen.

Der Bund der Freien Waldorfschulen legt mit den hier aufgeführten „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“ Wegmarken für ein Schulwesen vor, das die Professionalität von Lehrerinnen und Lehrern und die Mündigkeit der Eltern bei der Bewältigung dieser Aufgaben ernst nimmt. Die Waldorfschulen verfügen wie die anderen Schulen in freier Trägerschaft über eine lange Erfahrung in der Selbstorganisation von Schule und der Zusammenarbeit mit Eltern. Viele Ideen, die später von staatlichen Schulen aufgegriffen wurden, verdanken ihre Existenz der Innovationskraft, mit denen die freien Schulen auf neue pädagogische Herausforderungen reagieren konnten.

Immer mehr Eltern entscheiden sich für eine Schule in freier Trägerschaft. Was in vielen europäischen Ländern schon lange selbstverständlich ist, begegnet hierzulande allerdings noch oft der Sorge, daraus könne ein Zweiklassensystem werden, bei dem die Kinder aus wohlhabenden Familien eine „Privat“-Schule besuchen, während der „Rest“ auf eine staatliche Schule angewiesen

sei. So berechtigt diese Sorge ist: Sie beschreibt nichts anderes als die Wirkungen einer Schulgesetzgebung, die eine künstliche Trennungslinie zwischen Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft zieht, indem sie den freien Schulen eine gleichberechtigte Finanzierung vorenthält. Pädagogische Initiative in unterprivilegierten Gegenden wird gesetzlich verhindert, wenn die freien Schulen auf dem Umweg über das Schulgeld in eine private Ecke gedrängt werden.

Dass es auch ganz anders geht, zeigen die meisten skandinavischen Länder, in denen alle Familien die freie Wahl zwischen verschiedenen Schulen haben, ohne dafür mit hohen Schulgeldzahlungen bestraft zu werden. Dadurch entsteht ein produktiver Wettbewerb, der allen Schulen zugute kommt. Auch die staatlichen Schulen verfügen über ein hohes Maß an Autonomie und pädagogischer Gestaltungsfreiheit, was ihre Attraktivität bedeutend erhöht. Nicht ohne Grund gehört der Lehrerberuf in Finnland zu den anerkanntesten Berufen überhaupt.

Es ist an der Zeit, voneinander zu lernen. Dazu muss die Bildungspolitik ihren Monopolanspruch verlassen und sich mit den Eltern und den pädagogisch initiativen Lehrerinnen und Lehrern auf Augenhöhe begegnen. Wir sind dazu bereit!

Henning Kullak-Ublick

Vorstand Bund der Freien Waldorfschulen





Sieben Kernforderungen an die Bildungspolitik¹

1 Recht auf umfassende Bildung für jedes Kind²

Das Recht auf Bildung markiert ein Menschenrecht, an dem sich alle schulpolitischen Entscheidungen zu orientieren haben.

■ **Der BdFWS (Bund der Freien Waldorfschulen) fordert** das Recht auf selektionsfreie Bildung im deutschen Grundgesetz ausdrücklich zu verankern. Der Schulpflicht ist der Anspruch eines jeden Kindes gegenüberzustellen.

Das Recht auf Bildung heißt:

- **kulturelle und musische Angebote**
- **mehr als ein Prüfungs- und Berechtigungswesen**
- **Recht auf die Entfaltung der Persönlichkeit.**

Das Recht auf Bildung ist die Antwort der Zivilgesellschaft auf staatliche Schulmonopole. – Daraus folgt:

2 Freiheit in der Bildung

Wer handelt, übernimmt Verantwortung. Wer pädagogisch handelt, erhält diese Verantwortung von den Eltern, der Gesellschaft und dem Staat übertragen, übernimmt sie aber vor allem gegenüber den konkreten Kindern und Jugendlichen, mit denen er oder sie arbeitet. Lebendige Pädagogik entsteht nur, wenn sich die Lehrer als Gestalter und Begleiter eines aktiven Lernprozesses verstehen, nicht als Ausführende extern vorgegebener Standards oder Curricula.

■ **Der BdFWS fordert deshalb** Autonomie aller Schulen in der Gestaltung ihrer Profile und deren Umsetzung, ihrer personellen Ausstattung sowie der Verwendung der ihnen zuzuweisenden Budgets.

3 Qualitätsentwicklung statt Bildungsstandards

Guter Unterricht braucht gute Lehrer. Bildungsstandards können pädagogische Qualität weder erzeugen noch ersetzen. In der Praxis sind sie längst zum heimlichen Lehrplan geworden („Teaching for the test“).

■ **Der BdFWS fordert daher** die Ablösung der pädagogisch unproduktiven Regelstandards durch Mindeststandards: Wer diese nicht erreichen kann, hat einen Anspruch auf individuelle Förderung. Außerdem sind Verfahren zur fortlaufenden Qualitätsentwicklung innerhalb der Kollegien zu fördern (Interventionsgruppen, pädagogische Grundlagenarbeit).

4 Chancengleichheit durch freie Schulwahl

Chancengleichheit entsteht durch Chancenvielfalt – alle Familien sollen eine Wahl zwischen unterschiedlichen Schulen für ihre Kinder haben. Diese Wahl muss unabhängig von der Finanzkraft der Eltern getroffen werden können. Die Schulgesetzgebung der Bundesländer fördert ein Zweiklassensystem, indem sie die freien Schulen durch unzureichende Finanzhilfen zur Erhebung von Schulgeld zwingt und sie damit in eine private Nische abdrängt. Die Lehrer leisten teils erhebliche Gehaltsverzichte, um auch einkommensschwächeren Kindern den Zugang zu ihrer Schule offen halten zu können. Die innovativen Ideen der freien Schulen werden gerne und oft kopiert, Eltern und Lehrer dieser Schulen werden jedoch für ihr gesellschaftliches Engagement abgestraft.

■ **Der BdFWS fordert:** Die Finanzmittel folgen dem Elternwillen durch die Auszahlung einer Schülerkopfpauschale an die Schule ihrer Wahl. Durch variable Anteile der Pauschalen können pädagogische Initiativen auch in sozial benachteiligten Gebieten entstehen und einen produktiven, aber gerade nicht kommerziell ausgerichteten, Wettbewerb beflügeln.



5 Inklusion – kein Sparmodell

Inklusion ist eine gesellschaftliche Idee, die einen Prozess des Umdenkens, „Umfühlens“ und Umlernens notwendig macht. Sie lässt sich nicht verordnen, aber um sich überhaupt entfalten zu können, braucht sie eine infrastrukturelle Basis, die das auf Selektion aufgebaute Schulwesen vollständig überwindet.

■ **Der BdFWS fordert** zusätzliche Finanzhilfen für die Fortbildung aller Lehrer, für therapeutische Fördermaßnahmen und für nötige bauliche Investitionen.

6 Lehrerbildung radikal erneuern

Lehrer müssen ihre kreativen Möglichkeiten schon während der Ausbildung kennen und erweitern lernen. Neben der Fachlichkeit müssen die angehenden Lehrer auch ihre Persönlichkeit sowie ihre Empathie- und diagnostischen Fähigkeiten ausbilden. Pädagogik bedarf der wissenschaftlichen Fundierung und Reflexion, im Vollzug ist sie aber eine Kunst, die nur übed erworben werden kann.

■ **Der BdFWS fordert** ein Umdenken in der Lehrerbildung.

7 Vielfalt fördern – Kulturmonopole abbauen

Monokulturen führen zur Verarmung, Vielfalt hingegen zu einer lebendigen Entwicklung – in der Kultur nicht weniger als in der Natur. Trotz dieser offensichtlichen Tatsache wird im deutschen Schulwesen noch häufig der Vereinheitlichung und Standardisierung das Wort geredet.

■ **Der BdFWS fordert** einen grundlegenden Paradigmenwechsel im hierarchischen Verhältnis von staatlicher Schulaufsicht und einzelner Schule. Dem Verständnis der staatlichen Schule als „Regelschule“ setzt er die Idee eines gestalteten Pluralismus entgegen. „Gestaltet“ heißt hier, dass die staatlichen Organe sich auf die Rechtsaufsicht konzentrieren und die inhaltliche Ausgestaltung des Schullebens – einschließlich der schulübergreifenden Absprachen (Mindeststandards, gemeinsame curriculare Ziele für bestimmte Klassenstufen, Leistungsnachweise etc.) – den Handelnden vor Ort überlassen. Das oft gerühmte Innovationspotenzial der Schulen in freier Trägerschaft geht unmittelbar auf die Praxis und Erfahrung mit dem gestalteten Pluralismus zurück. Von den Erfahrungen der Waldorfschulen in der Selbstorganisation sollten alle Schulen profitieren können.

Vorstand Bund der Freien Waldorfschulen

Birgitt Beckers, Erika Blass-Loss, Dr. Albrecht Hüttig, Hans-Georg Hutzel, Henning Kullak-Ublick, Dr. Richard Landl, Walter Riethmüller

1) „Eigenverantwortung ist gegenwärtig ein zwar fachlich und bildungspolitisch gewünschtes, von den vorliegenden rechtlichen Rahmenbedingungen und Kompetenzzuweisungen her jedoch nur nachrangig zugelassenes bzw. toleriertes Element. Verantwortung im Schulbereich ist weitestgehend zentral bei Regierung und Aufsichtsbehörden konzentriert ... Das öffentliche Schulwesen leidet darunter, dass es mit weitgehend standardisierten Modellen betrieben wird und einer Herausforderung durch alternative und konkurrierende pädagogische und organisatorische Modelle kaum ausgesetzt ist. Qualitätsverbessernde Impulse, die sich aus einem Wettbewerb unterschiedlicher Konzepte ergeben könnten, spielen bisher kaum eine Rolle im Steuerungssystem. Mit der primär zentralen Steuerung geht eine Dominanz von Verwaltungs- und Organisationsbelangen gegenüber pädagogischen Zielen einher, weshalb derzeit solche pädagogischen Innovationen am ehesten Realisierungschancen haben, die mit den tradierten Organisationsstrukturen vereinbar sind. Begünstigt werden also nicht das Experimentieren und das Entdecken neuer Problemlösungen. Das System tendiert vielmehr zur Stabilisierung vorhandener Strukturen und Verfahren. Es ist nicht auf Entwicklung und kontinuierliche Qualitätsverbesserung ausgerichtet, sondern auf Fehlersuche und Fehlervermeidung. Es behindert so oft Eigeninitiative, lähmt Risikobereitschaft und Selbstverantwortung ... Das Schulsystem ändert sich zu langsam, um mit den Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit Schritt halten zu können.“

Diese Analyse stammt aus dem Jahr 1995, nachzulesen in der Denkschrift „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“, die vom späteren Bundespräsidenten Johannes Rau in Auftrag gegeben worden war.

2) Artikel 26 (Recht auf Bildung), Absatz 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Der Unterricht muss wenigstens in den Elementar- und Grundschulen unentgeltlich sein. Der Elementarunterricht ist obligatorisch. Fachlicher und beruflicher Unterricht soll allgemein zugänglich sein; die höheren Schulen sollen allen nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen in gleicher Weise offen stehen.

Absatz 3: In erster Linie haben die Eltern das Recht, die Art der ihren Kindern zuteil werdenden Bildung zu bestimmen.





Blickpunkt

ist eine Publikation, die in unregelmäßigen Abständen kurz und knapp über Waldorfschulen und Waldorfpädagogik Auskunft gibt.

Bisher erschienen:

Blickpunkt 1: Was bedeutet Waldorfschule? Eine Orientierung

Blickpunkt 2: Die Wissenschaftlichkeit der Lehrerbildung an Waldorfschulen

Blickpunkt 3: Lehrerbildung an Hochschulen und Seminaren im Bund der Freien Waldorfschulen

Blickpunkt 4: Waldorflehrer werden – Bildung fürs Leben

Blickpunkt 5: Prüfungen und Abschlüsse an Waldorfschulen

Blickpunkt 6: Erlebnispädagogik und Waldorfschulen

Blickpunkt 7: 21 Fragen – oder was Sie schon immer über die Waldorfschule wissen wollten ...

Blickpunkt 8: Waldorfpädagogik und Inklusion

Blickpunkt 9: Sieben Kernforderungen an die Bildungspolitik

Aktion mündige Schule eV



In Kooperation mit der Aktion mündige Schule (www.freie-schule.de)

Herausgeber:

Bund der Freien Waldorfschulen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Verantwortlich: Henning Kullak-Ublick

Kaiser-Wilhelm-Str. 89, 20355 Hamburg

Telefon 040.34 10 76 99-0, Fax -9

pr@waldorfschule.de / www.waldorfschule.de

www.facebook.com/waldorfschule

Stand: Oktober 2013

Redaktion: Henning Kullak-Ublick

Gestaltung: www.lierl.de

Fotos: www.lottefischer.de

Blickpunkt Bestellungen: www.waldorfschule-shop.de

Info-Hotline: 0800-WALDORF

0800-9253673

www.7kernforderungen.de

waldorfschule